

STOFF

Nummer 4

Stimmen von unten für Solidarität und Selbstorganisation im Nauwieser Viertel

Juni 1993

WECHSEL

Statt einer Einleitung -

Nach den Morden von Solingen und den berechtigten Ausbrüchen von Trauer und Zorn können wir nicht wie gehabt zur "Tagesordnung" übergehen. Erfreulicherweise ging es vielen Menschen so, und wir erleben zur Zeit eine ganze Welle von antifaschistischen Aktionen in fast allen deutschen Städten.

Wir fragen:

Wie waschen sich die Brandstifter in Bonn diesmal die Hände rein?

Fünf Menschen wurden am 29.5. bei einem rassistischen Brandanschlag in Solingen ermordet. Die Politiker heucheln - wie nach dem Brandanschlag in Mölln, bei dem drei Menschen ermordet wurden - Betroffenheit und Mitleid.

Was geschah wirklich aus "Betroffenheit" nach Mölln? Lichterketten wurden bundesweit von den Politikern und ihren "Freunden" der Presse und anderer Institutionen organisiert. Man war sich einig, "Gegen Haß und Gewalt" vorgehen zu müssen.

Parallel dazu wurde die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl weiter diskutiert und vorbereitet. Abschiebungen von Flüchtlingen in Kriegs- und Hungergebiete wurden und werden von jedem Bundesland gleichermaßen vorgenommen.

Im Januar 93 führte die Deutsche Alternative, eine verbotene faschistische Organisation, in Mainz ein Treffen durch, das von der Polizei nicht etwa verhindert, sondern geschützt wurde. Beschützt vor AntifaschistInnen. PKWs der Faschisten wurden beschädigt, woraufhin sämtliche Ausfallstraßen von Mainz durch die Polizei abgeriegelt und jedes Fahrzeug kontrolliert wurde. Ergebnis: Ein Antifaschist aus Wiesbaden wurde kontrolliert und auf Verdacht festgenommen. Er saß bis vor kurzem in Untersuchungshaft.

Hier werden die tatsächlichen Maßnahmen der staatlichen Institutionen deutlich.

Am 26.5. fand im Bundestag die letzte Lesung des Artikels 16, der das Grundrecht auf Asyl beinhaltet, statt. GegnerInnen einer Abschaffung des Grundrechts auf Asyl demonstrierten in Bonn unter anderem mit mehreren Blockaden des Bundestages.

Das Info-Büro in der Alten Feuerwache, in dem wir mitarbeiten, war Anlauf- und Informationsstelle für die Gegenmobilisierung nach Bonn und für eine Protestdemonstration am gleichen Tag in Saarbrücken, an der über 200 Menschen teilnahmen.

An diesem Tag erhielt das Info-Büro mehrere faschistische Drohanrufe, die sich gegen die Demo in Saarbrücken richteten.

Das Grundrecht auf Asyl wurde abgeschafft. Eine Begründung dafür des Bundesinnenministers Schäuble: Die Innere Sicherheit müsse gewahrt werden.

Am nächsten Tag in der Presse: "Die Polizei ging zu lasch mit den Demonstrierern um"; "Chaoten blockierten den Bundestag"...

Drei Tage später werden fünf Menschen von Faschisten ermordet.



Foto: Roland Röder

Wir fragen:

Wessen innere Sicherheit meinte Schäuble?

Die politische "Lebenslüge" dieses Staates ist, die Bundesrepublik Deutschland sei ein Land, in dem die Menschenrechte geachtet und demokratische Verhältnisse das öffentliche Leben bestimmen.

Das ist in diesem Land Staatsraison. Und kein Politiker, der nicht die Formel vom "freiheitlichsten Staat, den es je auf deutschem Boden gab", bei jeder unpassenden Gelegenheit nachbetet. Ein magisches Beschwörungsritual gegen die nackten Tatsachen: Die Bonner Republik ist bestenfalls ihrer Form nach eine Demokratie - inhaltlich ist sie es nicht und war es auch nie. Und auch das sozialdemokratische "Modell Deutschland" der 70er Jahre - im Grunde eine geschminkte Leiche - lebte von der (bisweilen auch recht brutalen) Niederhaltung der demokratischen und linken Opposition: Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei, Hochsicherheitstrakte und Isolationsfolter, Prügelorgien der Polizei und Zehntausende von politischen Strafverfahren sind bis heute die Antwort dieses Staates auf die Kämpfe und Widerstände von Unten geblieben. So wundert es nicht, daß in den offiziellen Verlautbarungen aus Bonn mehr von den sogenannten Krawallen "der Türken und Autonomen" die Rede ist, als von dem mörderischen Rassismus in diesem Land.

Wir fragen:

Wer trägt die Verantwortung?

Was immer uns noch in nächster Zeit vorgelesen wird, Demokratie und Menschenrechte sind dem deutschen Staat wesensfremd. Mit seinen Hohen Priestern, den Weizsäckers, Kohls, Lafontaines... kann es keine

gemeinsame Sache gegen Rassismus und Faschismus geben.

Im Gegenteil: Sie sind es, die mit ihrer Politik "im Interesse der Wirtschaft" verantwortlich sind für eine Situation, in der 16-Jährige zu Rassisten und Mördern werden, in der Faschisten sich organisieren können und auf einen gesellschaftlichen Nährboden treffen.

Sie sind es auch, die permanent diese Situation brauchen und benutzen, um ihre eigenen Projekte zu realisieren. Genauso sind ihre Reaktionen auf Solingen zu verstehen:

Ihre Lügen nach den Lichterketten und den Verboten von drei faschistischen Organisationen, in Deutschland gäbe es keinen Rassismus;

ja sogar, Deutschland wäre ein "ausländerfreundliches Land", sind durch das große Aufsehen, das der Anschlag in Solingen erregt hat, geplatzt.

Wer das Klima und die Realität in der BRD kennt, den überrascht sowas nicht.

Fortsetzung nächste Seite

In dieser Ausgabe:

- Flüchtlinge aus Bosnien in der Försterstraße
- Stimmen aus dem Viertel
- Internationalistischer Block auf der 1. Mai-Demo
- Innenstadtverbot für Jugendliche
- Saarbrücker Stadtentwicklung

Termine für die nächsten öffentlichen Redaktionssitzungen:

- 18. Juni 1993
- 16. Juli 1993

19.00 Uhr im Info-Büro in der Alten Feuerwache.

Fortsetzung "Statt einer Einleitung"

Rassistische Anschläge, öffentliche Auftritte von Faschisten unter Polizeischutz, heimliche Wehrsport-Übungen und staatliche Verfolgung von AntifaschistInnen haben nie nachgelassen. Aus Image-Gründen wurden und werden sie verschwiegen.

In Solingen gibt es mindestens drei bekannte Treffpunkte von Faschisten, von denen jeder wußte - außer Polizei und Politiker. In Solingen gab es innerhalb des letzten Jahres mehrere rassistische Brandanschläge (u.a. auf eine Moschee) und andere rassistische Übergriffe. Der jetzt als erster verhaftete 16-Jährige verkehrte regelmäßig in einer Kampfsportschule, deren Leiter die militante faschistische FAP in Solingen aufgebaut hat...

Auf der Trauerfeier in Köln sprach Weiszäcker, wie bei solchen Mordtaten üblich, von einem Einzeltäter.

Wer eine solche Vertuschung und Verharmlosung von Rassismus und Faschismus betreibt, kann überhaupt kein Interesse an einem "harten Vorgehen" oder gar an "einer Bekämpfung" der Ursachen haben.

Deshalb:

Keine Verschärfung von Gesetzen; keine Aufrüstung der Polizei.

Aller Erfahrung nach würde das Alles eher gegen politische GegnerInnen dieses Staates und gegen KritikerInnen der gesellschaftlichen Verhältnisse eingesetzt, als gegen Faschisten.

Keine Zusammenarbeit mit einer Polizei, die Faschisten schützt, ihre Strukturen kennt, in der Faschisten selbst ihr Unwesen treiben können, und die AntifaschistInnen zusammenknüpelt.

Die Ursachen für Faschismus verschwinden, wenn dieser Staat mit seinem wirtschaftlichen und politischen System abgeschafft ist - also nicht in absehbarer Zeit.

Für jetzt bleibt der Widerstand in seinen vielfältigen und widersprüchlichen Formen. Beispiele sehen wir in den Demonstrationen gegen den faschistischen Terror, der Blockade des Bundestages; der organisierten Gegengewalt gegen Faschisten; der direkten Hilfe für Flüchtlinge; dem alltäglichen, oft unspektakulären persönlichen Einsatz Vieler, der weniger etwas mit "deutsch-türkischer Freundschaft", als vielmehr mit ehrlicher Menschlichkeit zu tun hat...

Die Redaktion

Antirassistische Initiativen wegen der Morde in Solingen

Am Mittwoch, den 2. Juni, wurden zwischen 7.30 und 9.00 Uhr in der Saarbrücker Innenstadt von ca. 80 Menschen zwei Kreuzungen blockiert.

Auf Transparenten stand:

"Bonn: die Politiker verabschieden rassistische Gesetze - Solingen: Die Faschisten feiern es mit Blutvergießen";

"Solingen: die BranstifterInnen sitzen in Bonn";

"Unsere Trauer und Wut in Widerstand verwandeln".

Hoyerswerda, Saarlouis, Rostock, Mölln, Solingen... und die inzwischen so vielen namenlosen Opfer von rassistischem Straßenterror stehen im Zusammenhang mit der insgesamt reaktionären Entwicklung in Deutschland.

Nach dem Mord an fünf Menschen sollte ein kurzer Einschnitt in den Alltag hier vollzogen werden: Das Leben kann nicht einfach so weiterlaufen, als wär nichts geschehen.

Pizzeria
„Da Mingo“



Blumenstraße 16 · 6600 Saarbrücken
Tel. (06 81) 3 90 58 74

Öffnungszeiten:

Di. - Sa. 11.30 - 14.00 Uhr, 18.00 - 24.00 Uhr
So. 18.00 - 24.00 Uhr
Montag Ruhetag



Antirassistische Demonstration in Saarbrücken wegen der Ermordung von Samuel Yeboah im September 1991

Für den 4. Juni rief der Ausländerbeirat Saarbrücken zur Schließung der Geschäfte zwischen 12.00 und 14.00 Uhr auf, um Protest gegen den Mordanschlag und Solidarität mit den Opfern auszudrücken.

Mit einigen Geschäftsinhabern haben wir Interviews dazu gemacht. Wir stellten die Frage, was sie veranlaßt hat, sich an der Schließung der Geschäfte zu beteiligen:

Fine für "Ubu-Roi":

Es ist uns nicht egal. Wir haben viel Publikum hier, dem wir das auch zeigen wollten, daß uns das nicht egal ist. Und daß man als Geschäft ruhig zeigen kann, was für einen Standpunkt man hat, und daß man Verantwortung hat. Ich find es fürchterlich, was passiert; und was noch passieren kann. Was mir besonders aufgefallen ist, ist die Berichterstattung in den Medien. Die ist ganz schnell dahin gegangen nur noch zu zeigen, daß die Türken in Solingen Schaufenster einschmeißen, randalieren. Gestern stand noch in der Zeitung, daß die PKK von deutschem Boden aus sich terroristisch betätigen würde. Und das dann damit in Zusammenhang zu bringen, das find ich ganz schlimm; auch so gegenüber der türkischen Regierung. Wir wollen auch zeigen, daß wir nicht dieser Meinung sind. Daß wir eher auf der andern Seite stehen.

Frank vom "Buchladen":

Wir haben mitgemacht, weil wir gedacht haben daß in der brenzigen Lage jede kleine Aktion es wert ist, mitgemacht zu werden. Um Zeichen zu setzen. Es war im Kollektiv umstritten, aber es gab eine Mehrheit dafür, daß wir zwei Stunden zumachen. Umstritten war der Aufruf selbst vom Ausländerbeirat. Dem einen hat es nicht gefallen, daß du einfach sowas auf den Tisch geknallt kriegst, einen Tag vorher. Ohne daß man die Möglichkeit hat, an der Vorbereitung teilzunehmen, oder die Aktion noch anders zu gestalten. Teilweise war es vom Inhalt her ziemlich daneben. Das war ein bißchen ähnlich wie diese "Kettenlichter-Messe" (Lichterkette - d.Red.), so ähnlich hilflos. Obwohl es insofern für mich ein Unterschied war, als das so völlig von Oben kam. Und daß es von der Intention her peinlicherweise schon hieß "Saarländer gegen Haß". Erstmal bin ich kein Saarländer, zweitens ging es nicht um einen allgemeinen Haß. Jetzt kam die Geschichte vom Ausländerbeirat, und der hat in dem Aufruf meiner Meinung nach eine falsche Einschätzung der Intention der sogenannten demokratischen Parteien. Die gehen davon aus, daß die Änderung des Asylgesetzes darauf abzielt, die Ausländerfeindlichkeit hier zu reduzieren. Und diese Einschätzung kann ich nicht teilen. Wir haben aber trotzdem gedacht, daß ein kleines Zeichen gesetzt wird, wo auch eine Form von Kommunikation möglich gemacht wird. Z.B. durchs Viertel zu gehn und zu gucken, wer mitmacht; mit Leuten drüber zu reden, warum sie zumachen, warum sie nicht zumachen; und auch mit den Leuten, die vorher im Laden waren, und denen wir gesagt hätten, "wir machen jetzt zu". Das war eigentlich für mich der einzige Effekt der ganzen Sache, mit Leuten ins Reden zu kommen. Ich hab sonst keinen Überblick, wie das mitgemacht wurde in der Stadt. Selbst im Viertel war ja die Beteiligung eher so gemischt, vielleicht so 50%, eher

weniger. Der Vorschlag kam Donnerstags, und Freitags sollte das sein. Es gab gar keine Möglichkeit, zu intervenieren, was anders zu machen. Sonst hätte man noch was eigenes machen können, das ergänzen. Es ist natürlich auch einfach, wenn sowas kommt. Man braucht sich nur zu überlegen, hängt man das in die Tür oder nicht.

Hartmut vom Futon-Room:

Es ist selbstverständlich, daß man darauf irgendwie reagiert. Ich denke, wenn du einen Laden hast, daß du den zumachst oder Plakate ins Schaufenster hängst. Hier haben die Kunden in der Tür gestanden und erstmal probiert. Das Lustige war, die haben zuerst auf die Öffnungszeit geguckt, und dann haben sie erst das Plakat gesehen. Ich hab das mitgekriegt, als ich hier drin war. Es hat niemand was gesagt. Gut, es war halt zwei Stunden zu. Ich denke, aus der Situation raus ist das klar.

Basmati- u. Duft-Reis, Safran orig. ind. Gewürze, Schafskase, Oliven, Süßigkeiten u. vieles mehr.

Spez. Geräte, Döner-, Gyrus-Masch., Reiskocher, Samover, Wook...

Bekannte Adresse:

Fa. Chiri & Feri
Am St. Johanner Markt 49,
6600 Saarbrücken,
Tel. 0681/3 65 61

Großherzog-Friedrich-Str. 59 • 6600 Saarbrücken • Tel.: 0681 - 6 31 91

Wir geben Euch unser Bestes

Ausrüstung für Unterwegs
u.a. von LOWE
Jack Wolfskin
THE NORTH FACE
Jungfalk

AUSRÜSTEN+REISEN
HORIZONT

M-DESIGN

Stimmen aus dem Viertel

Seit langem ist es im Gespräch: Die politischen Weichen sind gestellt, das Evangelische Krankenhaus ab 01.01.1994 dichtzumachen. Die Beschäftigten haben dagegen demonstriert und über 50.000 Unterschriften gesammelt. Bis heute, ein halbes Jahr vor der geplanten Schließung, werden sie von Politik und Verwaltung im Unklaren gelassen, was mit dem Krankenhaus und damit mit ihnen passieren soll. Irgendwann werden sie und die gesamte Öffentlichkeit dann vor vollendete Tatsachen gestellt.

Am 29.05. fragten wir Passanten in der Försterstraße/Ecke Cecilienstraße, was sie von der geplanten Schließung des EVK halten:

Studentin, 28 Jahre:

Es fehlt ja in der Stadt ein Krankenhaus. Bei Notfällen muß man auf den Winterberg - das ist zu weit, da kommt man ja gar nicht durch. Ich hab auch dagegen unterschrieben.

(Hast du eine Vorstellung, wie man das verhindern könnte?)

Da lief ja jetzt diese Unterschriften-Aktion, ich weiß nicht, was ist denn daraus geworden?

(Es wurden so 80.000 Unterschriften gesammelt. Die wissen alle nicht, wie es weitergeht. Von der Regierung und vom Sozialministerium ist das unter Dach und Fach, daß das zugemacht werden soll. Ich glaub, es läuft noch ein Gerichtsverfahren)

Ich glaub auch, das ist das Einzige, was man noch machen kann, weil mit Demos und so, ja gut, vielleicht mit einer richtig großen, das würd noch Öffentlichkeit bringen. Ich hab jetzt keine Idee.

Bürokauffrau, 38 Jahre:

Überhaupt nichts. Aus dem einfachen Grund, weil das sehr zentral ist und gut zu erreichen. So wie ich das weiß aus Erfahrung, daß Leute auf dem Weg zum Winterberg auch schon gestorben sind, weil es zu weit ist.

(Haben sie noch eine Idee, wie man die Schließung verhindern kann?)

Das ist eine gute Frage. Wahrscheinlich nur mit finanziellen Mitteln.

Sozialpädagogin, 33 Jahre:

Ich halte nichts davon, weil ich erstens mal nicht dafür bin, daß die ganzen Arbeitsplätze wegfallen. Aber was noch wichtiger ist, daß die Leute dann in ein anderes Krankenhaus kommen sollen, und der anonyme Massenbetrieb in

den Krankenhäusern noch verschlimmert wird. Die sollen z.B. ins Winterberg-Krankenhaus kommen, die Leute, daß die dann das Personal dort noch mehr überfordern. In dem Bereich ist das Personal eh schon absolut im Streß. Das wird dadurch nur noch verschärft. Das Argument, daß die Stadt kein Geld hat, da kann ich nur drüber lachen. Wenn man andererseits sieht, für was Geld rausgeschmissen wird, für lauter unnötigen Quatsch. Die Leute die behaupten, die Stadt hat kein Geld, die sollen mal an sich runtergucken, wie sie sich in Seide und was weiß ich reingehüllt haben, mit dem Geld, das die Stadt ihnen als Lohn zahlt.

(Hast du eine Idee, wie man das verhindern könnte, daß das zugemacht wird?)

Nur Demos und so waren ja schon. Ich weiß es nicht, ich bin mit der Sache nicht groß vertraut, daß ich was wüßte, wie man in städtischen Verwaltungsstrukturen noch Einfluß nehmen könnte. Daß die Bürger immer mehr ihre Proteste ausdrücken.

Übersetzerin, 36 Jahre:

Ich finds scheiße; muß ich sagen. Weil das halt in der Stadt das einzige Krankenhaus ist, was in der Nähe ist. Von daher find ich das wirklich beschissen.

(Hast du eine Idee, wie man das verhindern könnte?)

Nein.

Hausfrau, ca. 50 Jahre:

Eigentlich wenig. Es ist schade, weil es ja im Zentrum liegt. Überhaupt. Ich hab im Evangelischen Krankenhaus 6 1/2 Jahre gearbeitet. Da waren auch sehr gute Ärzte.

Dipl.-Sozialwissenschaftler, 43 Jahre:

Das halt ich nicht für gut. Ich lebe nicht mehr in Saarbrücken. Ich weiß jetzt nicht genau, welche Auflagen dieses Krankenhaus hatte. Wir waren persönlich betroffen und waren froh, daß dieses Krankenhaus bei uns in der Nähe war. Wir haben am Eschberg gewohnt, und da war es gut, mal ins Auto oder in den Bus zu steigen, und schnell an Ort und Stelle zu sein. Das ist eine ganz persönliche Betroffenheit und Beziehung, die wir dazu entwickelt haben. Letztendlich denk ich mir, wenn es eine ausgeglichene ambulante Versorgung geben soll, daß es wichtig ist, daß in vielen Stadtteilen solche Punkte da sind. Und von daher ist es nicht gut, daß dieses Krankenhaus geschlossen wird. Ich könnte mir vorstellen, daß es vielleicht noch eine Chance gibt, daß es sich zum besseren wendet. Und ich

PREISE VON PAPPE:
- EIN PAPPENSTIEL -

DIE WÄSCHEBOX 169,-
 155 x 50 x 40, weiß

DER HÖCKER 19,-
 belastbar bis 1000 kg, braun

PAPPSÄULE 65,-
 250 cm Höhe, weiß

DAS BETT 175,-
 120-180 x 200, braun

195,-
 schwarz

PAPPBETT + FUTON
 braun

120 x 200 zus. 835,-
 140 x 200 zus. 699,-
 160 x 200 zus. 795,- 180 x 200 zus. 860,-

SCHREIBTISCH 99,-
 105 x 70 x 74, schwarz

EXCLUSIV FUTON ROOM
 In SB/Neuwieser Viertel
 Neuwieser / Rotenbergstr. 25
 Cecilienstraße 11

denke auch, daß solche Aktivitäten, die Sie machen, weiter Druck erzeugen, und da wünsch ich Euch alles Gute.

Sozialpädagoge, 31 Jahre:

Ich hab davon gehört, wobei ich sehr betroffen bin, weil ich in diesem Krankenhaus auf die Welt gekommen bin. Ich hab nur mitbekommen, daß es aus Sparmaßnahmen geschlossen wird. Ich hab früher in der Mozartstraße gewohnt, und war ganz froh, daß das Krankenhaus da war. Ich war auch oft da, wenn ich was hatte. Ich fand es einen Verlust, wenn es geschlossen wird.

Frau, 76 Jahre:

Das ist unpraktisch. Es ist eine Schweinerei, das dürfte nicht sein. Das ist so nah, man kennt sich hier aus. Bis zum Winterberg, wer weiß, was da alles passieren kann. Also das find ich nicht gut.

Frau, 81 Jahre:

Ich finde das unverschämt, also ganz unverschämt. Das ist für die Leute hier in St. Johann eine Zumutung. Ich wohne in der Schmollerstraße. Für mich ist das Evangelische Krankenhaus das nächste. Ich war auch immer zufrieden damit. Das soll bleiben, da bin ich hundertprozentig dafür.

1. Mai

In der letzten Stoffwechsel war unser Aufruf zum 1. Mai. Unter dem Motto: "Aufstehen gegen eine Weltordnung der Zerstörung für internationale Solidarität und Selbstorganisation von Unten" haben wir zusammen mit einigen anderen Gruppen eine eigenständige Kundgebung und einen internationalistischen Block auf der 1. Mai-Demonstration des DGB organisiert. Uns war dabei wichtig, die Verbindung unseres Widerstands gegen die allgemeine Verschärfung der Lebensbedingungen hier und der Solidarität mit den Unterdrückten weltweit auszudrücken. Mit uns wollten ca. 200 Leute, die sich an dem internationalistischen Block beteiligten: die meisten waren Menschen aus der Türkei, Zusammen mit dem eigenständigen kurdischen Block machte das einen großen Teil der gesamten Demonstration aus, die insgesamt schwach besucht und wenig kämpferisch war. So gab es auch fast nur in unserem Block und dem der Kurden Parolenrufe, Gesang und Transparente, wo mehr als ein Gewerkschaftsname draufstand. Auch wenn einiges noch besser hätte klappen können: Die Stimmung war gut und wir

denken, daß wir diese Art eigenständiger Initiative in Zukunft ausbauen können und sollten.

Die Auftaktkundgebung wurde mit einem anti-rassistischen Theaterstück begonnen. Anschließend redete Kälte Limbach von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Sie erinnerte daran, daß im Schloß ein Gestapo-Folterkeller der Nazis war, in dem Antifaschistinnen gefoltert und ermordet wurden. Auch daß am 02.05.1933 die Gewerkschaften verboten wurden. Sie sagte: "Wir versichern den Asylbewerberinnen unsere Solidarität und protestieren gegen die beabsichtigte Änderung des Artikel 16. Wir fordern: Schluß mit der ausländereindlichen, rassistischen und neofaschistischen Propaganda." Im Anschluß daran haben wir zu einer Schweigeminute aufgerufen. Damit wollten wir an alle Menschen erinnern, die im Kampf um eine gerechte Gesellschaft gefallen sind und an all diejenigen, die Opfer von faschistischem, rassistischem, kolonialistischem oder sexistischem Terror wurden. Nach der Schweigeminute haben wir all die Frauen und Männer begrüßt, die in ihrem Kampf für eine

gerechte Gesellschaft gefangen wurden und in den Knästen sitzen, und dort den unterschiedlichen Formen von Folter unterworfen sind.

Im deutsch-französischen Garten war dann die offizielle Abschlußkundgebung der Gewerkschaftsfunktionäre. Es war auch nur noch der "harte Kern" der Gewerkschaften, der hier zuhörte, während sich die meisten DemonstrationsteilnehmerInnen schon im Park verließen. Unter den Zuhörern waren auffallend viele Mitglieder der "Gewerkschaft der Polizei", deren Vorsitzender, Lutz, zu den Rednern gehörte. Das war eine Provokation, zum gleichzeitig die Staatsschutzabteilung der Kriminalpolizei die ganze Zeit die Demonstration beobachten ließ. Von Beamten, die durch Festnahmen, Erkennungsdienstliche Behandlungen und Überwachungsterror bekannt sind. Die Rede von Lutz wurde immer wieder durch Zwischenrufe und Parolen gegen die Rolle der Polizei gestört.

Die Redaktion



Außen hui - Innen pfui! Saarbrücken auf dem Weg ins Jahr 2.000

Zuerst ein paar Stichworte: "Um- und Neugestaltung des Rathausviertels", "Bebauung der Hafensinsel", "Umbau der Bahnhofstraße", "Revitalisierung des Burbacher Hüttengeländes", "Eckbebauung Dudweilerstraße/Richard-Wagner-Straße", "Bau einer Stadtbahn"... Alles Projekte, die zur Zeit oder im Lauf der nächsten ein, zwei Jahre begonnen werden. Im großen Maßstab verändert Saarbrücken sein Gesicht. Milliardengelder werden in die Stadtentwicklung gebuttert. Hauptsächlich von privaten Investoren. Aber auch die Stadt, die bekanntlich finanziell auf dem Zahnfleisch geht, macht in diesem Zusammenhang sehr viel Geld für "Infrastrukturmaßnahmen" locker. Allein den Umbau der Bahnhofstraße läßt sie sich 15 Millionen DM kosten.

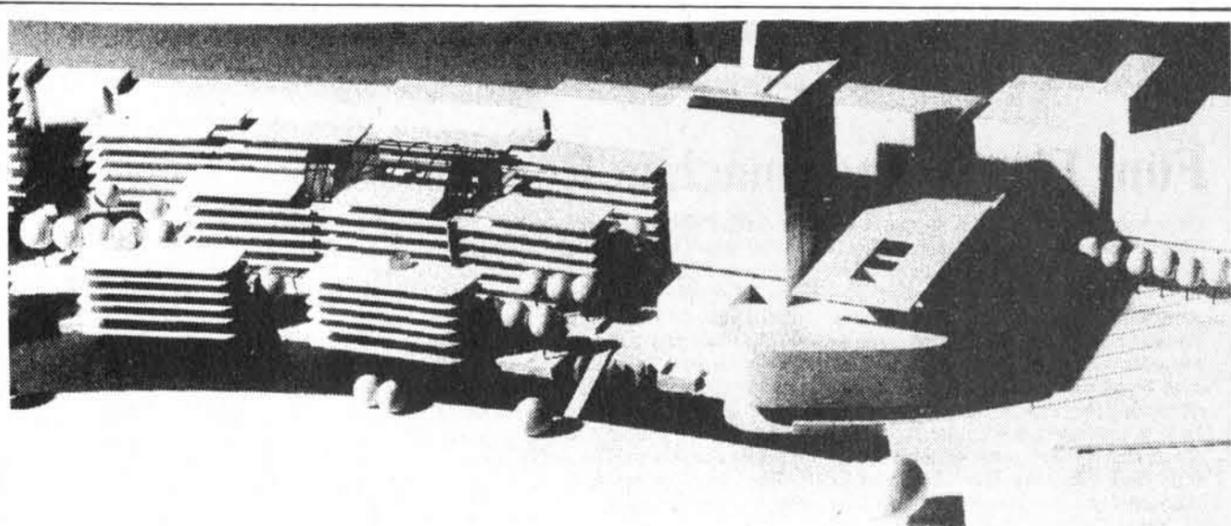
Es kommen Fragen auf: Warum diese gigantische Umstrukturierung der Saarbrücker Innenstadt, und welche stadtplanerischen Vorstellungen stecken dahinter? Wem nutzt die Umstrukturierung und wem schadet sie? Was sind die Konsequenzen für die AnwohnerInnen, z.B. für die Leute im Nauwieser Viertel? Oder für andere Menschen, die sich in der Innenstadt aufhalten (Jugendliche, Obdachlose, Junkies usw.)? Doch der Reihe nach:

Zwei Projekten kommt hervorragende Bedeutung zu. Zum Einen der Um- und Neugestaltung des Rathausviertels für insgesamt 90 Millionen DM. Zum Anderen der Bebauung der Hafensinsel am Rande des Bürgerparks für annähernd 300 Millionen DM.

Beiden Projekten, die ausschließlich von privaten Investoren finanziert werden ist gemeinsam, daß ihre mit Sicherheit nicht billigen Raumangebote auf die Nutzung durch den Einzelhandel (Luxusgeschäfte und Spitzengastronomie) und den Dienstleistungs- bzw. Industriesektor (öffentliche Ämter, ein Nobelhotel auf der Hafensinsel, Versicherungen, High-Tech-Firmen usw.) zielen. Wohnraum ist nicht vorgesehen. Es gibt auch kein saarländisches Wohnungsbauprogramm. Obwohl in Saarbrücken z.B. rein rechnerisch 8.900 Wohnungen fehlen. Diese Zahl ist von 1992 - ausgehend von 102.500 Haushalten in Saarbrücken bei einem Bestand von 93.600 Wohnungen.

Aber Wohnraum zu bauen rechnet sich unter kapitalistischen Gesichtspunkten nicht, bei Grundstücken, die zu den innerstädtischen Spitzenlagen gehören. "Filetstücke in 1a-Lage, welche für die Stadtentwicklung von großer Bedeutung sind", so die Stadt in ihrem Bebauungsplan für die Rathauseweiterung.

Zwischen der bebauten Hafensinsel und dem erweiterten Rathaus erfolgt die Anbindung durch eine als Fußgängerzone neugestaltete Bahnhofstraße: Mit Bäumen, künstlerischer Ausgestaltung und einem Wasserbecken zur Stimulanz der Konsumenten. "Autofreier Einkaufsspaß" nennt die Saarbrücker Zeitung das und ist zufrieden.



Bebauung der Hafensinsel:

Investor: Ursprünglich die Europrojekt-Entwicklungs GmbH, ein Konsortium mit je 1/3 Anteilen der Dresdner Bank, der KG Allgemeine Leasing (eine 70%ige Tochter der Dresdner Bank) und der Roland Ernst Gruppe aus Heidelberg. Nachdem sich die Dresdner Bank samt ihrer Tochter herausgezogen hat, wird das Projekt von der Roland Ernst Gruppe alleine, aber mit einer Bürgschaft der Bayerischen Vereinsbank im Rücken, durchgeführt. Die Roland Ernst Gruppe ist eine Immobilien-Anlagegesellschaft mit Erfahrungen von Großprojekten im In- und Ausland.

Die Lage: Es handelt sich um eines der teuersten Grundstücke der Stadt mit insgesamt 18.500 m² Fläche, das vom Investor gekauft wurde.

Was wird gemacht: 21.500 m² Fläche für den Neubau des Arbeitsamtes, das schon im Bau ist (der erste von drei Bauabschnitten). Weiterhin 10.000 m² für ein Luxushotel und 6.000 m² für die neue Stadtbibliothek. Darüberhinaus noch 20.000 m² Bürofläche. Das ganze ruht auf einer Tiefgarage mit 700 Stellplätzen. Fertig soll das Projekt Ende 1996 sein.

Kommen wir zu den Verantwortlichen für diese Projektemacherei. Da ist erstens die Stadtverwaltung, die im Kampf um Standortvorteile und in Konkurrenz zu anderen Regionen im EG-Binnenmarkt bereit ist, große Teile der Innenstadt privaten Großinvestoren, wie zum Beispiel der Deutschen Bank bei der Rathauseweiterung, in den Rachen zu werfen. Man spekuliert dabei auf eine gewinnbringende Attraktivität für Kongreßteilnehmer und sich im Saarland ansiedelnde Unternehmen, die ihrem Management und ihren höheren Angestellten auch in der Provinz was bieten wollen. (Auch die Möglichkeit der Selbstprofilierung darf nicht unterschätzt werden. Welcher Stadtplaner oder Baudezernent träumt nicht davon, sich in solchen Prestigeprojekten zu verewigen, nicht unähnlich dem Saarbrücker Fürsten Wilhelm-Heinrich und seiner Bauleidenschaft.) Da sind zweitens die Großinvestoren, die über ihre Millionengelder genug Macht und Einfluß haben, um die Stadt vor vollendete Tatsachen zu stellen und die Marschrichtung der innerstädtischen Entwicklung zu bestimmen.

Konsumladen neben Konsumladen, Spitzengastronomie in vielfältigster Aufmachung, dazwischen Kitsch und Dekorationen, damit Einkäufen zum Erlebnis wird. Das ganze wird unterbrochen und umrandet von Bank- und Verwaltungsgebäuden und Büros der Yuppy-Generation. So sieht eine Innenstadt aus, die uns als "lebenswerte" Stadt vorgegaukelt wird. So sieht mittlerweile fast jede westeuropäische Stadt aus, von ähnlich

motivierten Stadtplanern in die Wege geleitet und von denselben (oder entsprechenden) Investoren gemanagt.

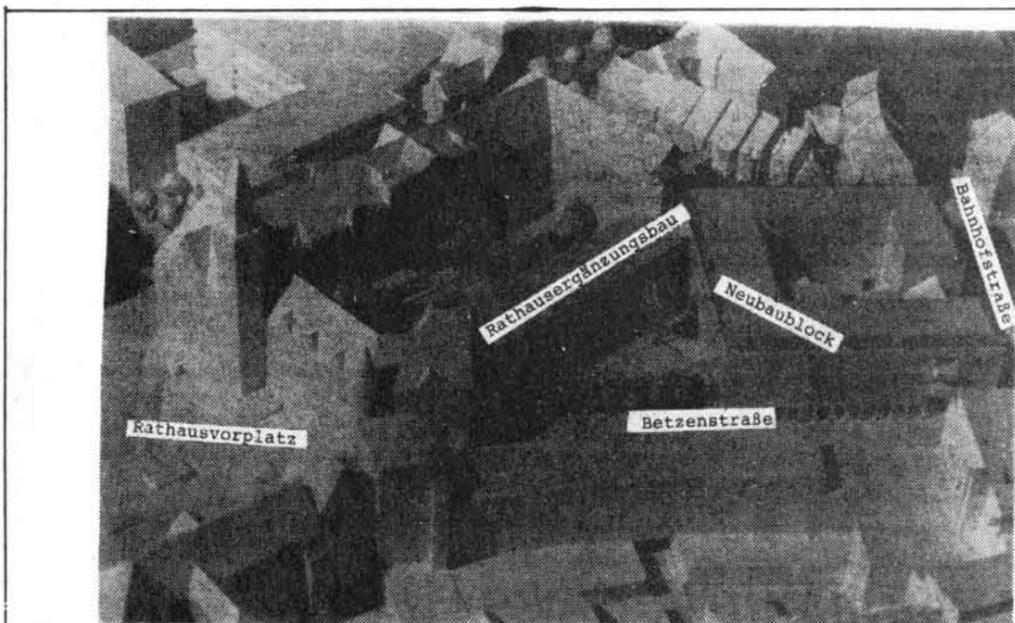
Die sozialen und kulturellen Konsequenzen dieser großkotzigen und nur auf Geldmacherei hin angelegten Stadtentwicklung sind verheerend: Die soziale Ausgrenzung verarmter Bevölkerungsgruppen wird sich noch verschärfen. Das beginnt mit der Wohnsituation, und endet mit der Erstikung des sozialen Lebens auf der Straße.

Schon heute ist eine Entwicklung spürbar, wie sich die soziale Struktur und die Wohnsituation in den angrenzenden Vierteln verändert. Das Anwachsen der Einpersonenhaushalte - in der Saarbrücker Innenstadt sind das jetzt schon die Hälfte aller Haushalte - macht sich auf dem Wohnungsmarkt bemerkbar. Innerhalb dieser Gruppe sind die "neuen Selbständigen" die von Vermietern und Immobilienmaklern bevorzugten und besonders gefragten Kunden. "Das sind Leute, die sich ein Auto und eine schöne Wohnung einfach leisten", so der Pressesprecher des "Rings Deutscher Makler". Gemeint sind die Aufsteiger im Informatik- und Medienbereich, die Jungmakler, Geld- und Termingeschäfteabwickler. Auf diese Kundschaft ist die Sanierung, wie sie auch im Nauwieser Viertel langsam aber sicher voranschreitet, zugeschnitten: Mindestens 22KB und 70 m² müssen her. Und wer auf Wohnungssuche ist, bemerkt die sich häufenden Anzeigen: "1.000 DM Belohnung..., zahle 3 Monatsmieten Kaution..."

Die Polizeihatz auf Junkies und Obdachlose, wie sie im Nauwieser Viertel aufgrund der Sanierung Realität ist, oder der alltägliche Streß, dem die Jugendlichen auf dem St.Johanner Markt durch die Polizei und bestimmte Kneipenbesitzer unterworfen sind, werden sich noch verschlimmern.

Offensichtlich sind die sozialen und kulturellen Vorstellungen der Stadtplaner völlig abgehoben von den drängenden gesellschaftlichen Problemen. Kostet es was es wolle, wird in die Fassade einer glitzernden und luxuriösen Innenstadt investiert, während im krassen Gegensatz dazu Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Rassismus und Drogenkonsum zunehmen. Aber nicht nur das. Sie werden auch noch durch eine solche Stadtentwicklung letztendlich bewußt vorangetrieben: Es ist die zu Stein und Glas gewordene Architektur ihrer "2/3-Gesellschaft", kalt und asozial.

Wie sagte noch der Projektleiter der Roland-Ernst-Gruppe im Zusammenhang mit der Bebauung der Hafensinsel: "Das, was wir da machen, ist sinnvoll." Nun, für die meisten Leute in Saarbrücken ist es das nicht!
Andreas



Um- und Neugestaltung des Rathausviertels:

Investor: Die Firmengruppe Martin Zimmer, deren Immobilienholding zu 75% der Immobiliengesellschaft der Deutschen Bank gehört, die selber eine 100%ige Tochter der Deutschen Bank AG ist. Die Gesellschaft beschäftigt sich mit der schlüsselfertigen Errichtung von Immobilienprojekten als Generalunternehmer oder bietet ihre Leistungen in Kooperation mit anderen Partnern an. Hauptbetätigungsfeld ist die Errichtung innerstädtischer Büro- und Geschäftshäuser.

Die Lage: Von den Verantwortlichen der Stadt als "Filetstück in 1a-Lage" bezeichnet, und das als Verbindungsstück zwischen St. Johanner Markt und Bahnhofstraße sozusagen als "Visitenkarte für die Stadt" hochgestylt werden soll. Der Neubaublock wird um das Stengelhaus 26 gelegt (wo heute die Eisdielen ist), das nun nach langer Diskussion "irgendwie" erhalten werden soll.

Was wird gemacht: Das Rathaus wird um einen zweigeschossigen Ergänzungsbau mit insgesamt 2.200 m² Nutzfläche erweitert. Davon wird die Stadt einiges mieten, um Ämter der Stadtverwaltung unterzubringen. Außerdem entsteht ein viergeschossiger Neubaublock Ecke Betzenstraße/Bahnhofstraße.

Das Erdgeschoß bleibt dem Einzelhandel und der Gastronomie vorbehalten, die restlichen 5.000 m² (2. Obergeschoß bis Dachgeschoß) sollen als Bürofläche vermietet werden. Gleichzeitig wird die Disconto-Passage in Richtung St. Johanner Markt erweitert und mit dem Untergeschoß des Neubaublocks verbunden. Die Baumaßnahmen sollen Ende 1993 beginnen.

GETREIDEMÜHLEN
NATÜRLICH SELBSTVERWALTET
LEBENSMITTEL AUS KONTR. BIOLANBAU
TÄGLICH VOLLEKORNISSCHNITZ FRÜHES MICHEN UND FLOCKEN
MAKROBIOTIK
UNBEHANDELTE BABYWINDELN
NATURKOST
TÜRKEI-STR. 73
SDR. 39 60 73
ÖFFNUNGSZEITEN
MO-FR. 10⁰⁰-14³⁰
15⁰⁰-18³⁰
SA. 9⁰⁰-13⁰⁰
LINN-SCHUHE

Zur Situation von Jugendlichen in der Innenstadt

Vor ca. zwei Monaten ging eine von uns nach 18.00 Uhr am Karstadt-Eingang zum St. Johanner Markt entlang. An der Seite vom Karstadt zur Fürstenstraße waren Polizisten damit beschäftigt, die Personalien von Jugendlichen festzustellen und einen von ihnen festzunehmen. Einer der Polizisten drohte ihnen: "Ihr habt hier Platzverbot, und wenn wir Euch hier nochmal antreffen, nehmen wir Euch alle mit in die Kärcherstraße".

Wir haben mit zwei von den Betroffenen das folgende Interview zu ihrer Situation gemacht:

Kannst du mal erzählen, wie das angefangen hat, daß Ihr Euch öfter am Karstadt aufgehalten habt?

C: Wir saßen vorher immer an der Saar, dann wurde es kalt, und wir sind zum Karstadt. Die haben den ganzen Tag die Tür aufstehen, und heizen vornedran gut mit. Wir haben uns dahin gestellt und das gemacht, was wir immer so machen. Dann kamen welche vom Karstadt, Sicherheitsdienst, mit Funkgeräten in der Hand. Die haben uns weggeschickt. Wir sind dann weggegangen. Später kamen dann immer die Bullen. Die vom Karstadt haben gar nichts mehr gesagt, sondern gleich die Bullen geholt. Zu Anfang dieses Jahres hatten sie zwei Wächter engagiert, die bis abends um 22.00 Uhr am Karstadt waren und uns dauernd weggeschickt haben. Und später war eine Kamera da, die war die ganze Zeit auf den Eingang gerichtet. Und vor kurzem wurde es ganz extrem. Dann kamen die Bullen nochmal, und wurden auch ziemlich handgreiflich. Wir bekamen dann absolutes Karstadt-Verbot, Platzverbot. Jetzt ist es wieder warm, jetzt können wir woanders hin. Vorher war das unheimlich wichtig. Das ist ein Treffpunkt von den ganzen Leuten. Und im Winter trifft man sich eben wegen der Wärme am Karstadt.

Sag mal was zu Eurer Situation.

C: Das ist gemischt. Da sind jüngere Leute dabei, Obdachlose sind dabei, Punks, Sharp-Skins (Skins gegen Rassismus - d.Red.) sind auch welche dabei, dann stinknormale Popper. Verschiedene Richtungen eben. Jeder hat so seine eigenen Probleme. Die einen gehen in die Disco, die andern gehen halt ans Karstadt, und treffen sich da mit ihrem Freundeskreis. Der große Witz dabei ist, wenn die Bullen kommen, die greifen immer nur Punks ab.

Punks, was heißt das?

C: Naja, so auffällige Kleidung, eventuell bunt gefärbte Haare.

Die andern, die dabei sind, die nehmen sie nicht mit?

C: Außer wenn einer abgekackt ist, dann wird er auch mitgenommen. Bei W. z.B., du hast ja gesehen, der W. sieht ziemlich extrem aus, den nehmen sie mit. L: Vor allem geben sie keinen Grund an. Die sagen immer nur, "Klagen sind eingegangen, das ist halt so. Und die müssen jetzt mit".

... "wilst du auch noch mit?, du weißt ja, wie es auf der Kärcher abgeht!"...

C: Wir gehen immer nur in größeren Gruppen zu den Bullen. Allein gehen wir da nicht hin. Dann sind wir sowieso gleich weg. Wir erklären denen, "wir schleppen ihn jetzt heim und legen ihn ins Bett, der ist eh tot und pennt jetzt". Sie sagen dann, "wir nehmen den jetzt mit, da gibt es überhaupt keine Diskussion".

Und wenn die Diskussion zu krass für die wird, wenn es ihnen sozusagen den Ohren rauskommt, dann gehts halt los: "Wilst du auch noch mit, he, willst du auch noch mit?, du weißt ja, wie es auf der Kärcher abgeht!" Damit ist die Diskussion beendet, weil...

L: Weil jeder weiß, wie es dort abgeht.

Und das ist die letzte Zeit verstärkt?

C: Total verstärkt. Vor einer Woche ist fast jeden Tag einer eingefahren. Vor drei, vier Jahren, da war es aber in Saarbrücken noch anders. Die letzten Jahre war es eigentlich ruhig, es waren auch wenig Leute in der Stadt.

Wenn es kalt ist, oder schlechtes Wetter. Habt Ihr dann eine andere Möglichkeit?

C: Es gibt zwar das sogenannte AZ (Autonomes Zentrum, Brauerstraße - Red.), aber das geht mir nicht ab. Da könnten wir eigentlich hingehn. Aber was sollen wir im AZ. Wir saufen eben tierisch krass. Ich glaub nicht, daß im AZ die Möglichkeit gegeben ist, daß man abkacken kann, wo wir unser Bier mitbringen und saufen. Vor allem gehts uns von der Grundeinstellung nicht ab.

Was ist das für eine Grundeinstellung?

C: Für mich ist das schon eine Art Führerprinzip, was ich von O. mitkriege. "AZ, wir leiten das, und sagen was abgeht", das ging mir auch schon im besetzten Haus nicht ab. Da war ich die erste Woche dabei. Dann kam ich nachts und war besoffen, wollte mich ablegen. Dann gabs Streß, und ich sagte, "Tschüß".

Du meinst die Kurze 10?

C: Ja.

Denkst du nicht, daß das auch ziemlich schwierig ist, wenn Leute was machen wollen, draußen die Bullen stehen, und dann ist ein Haufen Leute da, die strack sind?

C: Nein, so war es nicht. Die erste Woche war das noch extremer. Am Schluß wurde es immer verhandlungsmäßiger. Am Anfang hat man sich gegen alles gestellt. "Das ist ein besetztes Haus", dann wurde das Ding zugemacht von oben bis unten. Wir haben dort viel geschafft, auch die Leute, die saufen. Wir hatten dann einen Treffpunkt. Und irgendwann kamen immer mehr neue Leute, so die Sommertourenticket-Autonomien, was weiß ich woher, und das hat mich tierisch angekotzt. Wenn es heiß, es geht gegen die Bullen, ist ja wohl klar, daß man da nicht mit den Fäusten hingehet. Am Anfang waren noch ein paar Leute dabei, wo wir das auch angesprochen haben. Am Schluß ging mir die ganze Grundeinstellung nicht mehr ab. Es wird nur noch verhandelt mit der Stadt. Ich mein, für Leute, die das wirklich brauchen, als Pennplatz usw., ist das AZ nicht das richtige.

...die Nachbarn haben das in Ordnung gefunden, daß wir das Haus besetzen wollten...

Am Markt wurde vor kurzem doch auch ein Haus besetzt.

L: Die ganze Zeit haben wir da immer Platzverbot gekriegt. Dann haben wir erfahren, daß das Haus schon lange leersteht, und sind da rein. Da war auch genug Platz. Am ersten Abend kamen die Bullen und meinten, sie könnten nichts gegen uns machen, weil sie die Besitzerin nicht erreichen. Dann sind wir öfters rein. Irgendwann wurden die Fenster zugeriegelt und der Strom abgestellt, und alles Mögliche gemacht, daß wir da nicht mehr rein können. Jetzt kommt das Fraueninfo rein. Also ist da auch nichts draus geworden. Da waren Leute, die das gebraucht haben, zum Pennen. Die Bullen haben immer gemeint, es geht nicht, weil da noch was rein soll in das Haus, und das würde nicht zur Verfügung stehen.

C: Wir sind dann gegangen. Zuerst sind zwei Bullen gekommen. Wir waren zehn Leute, und es war klar, daß die nichts groß machen. Fünf Stunden später kamen sie mit einer Wanne an, ein Streifenwagen, und die Feuerwehr.

Wie lange wart Ihr drin?

C: Einen Tag, fünf, sechs Stunden. Später sind wir nochmal rein.

L: Ein paar Tage hintereinander haben wir Transparente drangehängt, und die Bullen kamen, und haben sie wieder abgehängt. Eine Nacht lang haben die Transparente sogar gehangen.

Habt Ihr eine Möglichkeit gesehen, daß Ihr das Haus vielleicht behalten könnt?

C: Nein. Erstens weil wir das Haus nicht halten können, also wir hätten vielleicht Vorschläge machen können. Die einzigsten, die da waren, waren die Bullen. Da war kein Ansprechpartner. Wir haben den Bullen erzählt, was wir wollen, daß wir drinbleiben wollen. Da entsteht vielleicht ein Dialog, aber ein Bulle kann nicht hingehn und den Leuten erklären, was abgeht. Das wird er sowieso nicht machen.

L: Die Nachbarn haben das in Ordnung gefunden, daß wir das Haus besetzen wollten, und auch schon gesagt, "Auf gute Nachbarschaft", und die ganzen Passanten haben auch gemeint, "das ist gut, die haben Mut".

C: Der große Witz ist ja, daß das Ding schon länger leersteht, und bis das Fraueninfo reinkommt, vergeht wieder eine Zeitlang. Da war alles drin, Öl, es hat alles funktioniert, wir haben den Öfen angemacht, Radio war noch da, Wasser ging, es war alles in Ordnung. Betten waren drin, das war wunderbar. Aber es geht nicht, was weiß ich, warum.

Was stand auf Euren Transparenten?

C: Auf einem stand "besetzt".

L: "Instandbesetzt". Ach ja, "Was macht das Volk? Es folgt!"

C: Und ein Anarchostern.

Die Transparente hab ich mal gesehen, aber da sah das ganze Haus so leer aus.

C: Wir sind eben abgehauen, als die Bullen kamen.



Taverne Philoxenia

Der Geheimtip für alle, die wie in Griechenland essen, trinken, feiern wollen.



Blumenstr. 10
(ehemals "Alte Steckdose")
Telefon: 0681/374 241

Küche durchgehend geöffnet

Da hingen die Transparente noch raus. Die haben das dann mit Latten zugemacht, und Eisengittern. Später sind wir übers Dach nochmal rein. Vorne ist eine Tür. Da braucht man nur einen Riegel hochzuschieben, Rolladen hoch, und da konnte man rein. Eigentlich kann man immer noch rein.

L: Übers Dach ist eigentlich gefährlich. Da ist ein Gerüst, und da sind schon mehrere Balken runtergefallen, und wenn man übers Dach klettern muß, bricht man leicht ein. Das Haus ist ziemlich baufällig.

...aber wir sind nicht kaputter als andere auch...

Du hast gesagt, daß Ihr so wenig Leute wart. Aber es sind doch oft vielmehr da.

C: Das ist was ich gemeint hab, der Unterschied zwischen den Leuten. Es gibt die Punks, Obdachlose, und noch ein paar andere Leute, die noch versuchen, was zu unternehmen. Dann gibt es teilweise noch die aus wohlhabenden Familien, die auch rumhängen und ihre Probleme haben. Die saufen auf unsere Rechnung sozusagen. Wir schnorren, die kommen und saufen sich weg, und irgendwann verpissen sie sich.

L: Vor allem wenn die Bullen kommen.

Habt Ihr mit denen mal darüber geredet?

C: Ach, die sieht man die letzte Zeit eh nicht mehr. Wenn ich die so mitkriege, von ihren Gesprächen her, die denken bestimmt, "Sind die so kaputt", aber wir sind nicht kaputter als andere auch.

Du hast vorher gesagt, die Bullen meinten, "Ihr wißt ja, wie es in der Kärcher abgeht". Und das kann man sich denken, was da abgeht?

C: Ja, logo. Ich hab selbst schon Erfahrungen mitgekriegt. Die letzte Zeit kriegt ich auch mehr von andern mit. Vor drei Jahren z.B. war ich auch einmal auf der Kärcher. Das waren glaub ich Landtagswahlen, als die NPD ganz groß auf dem Markt war, nacheinander sind die Leute da auch eingefahren.

War das dieser Stand von der NPD, der abgeräumt wurde?

C: Ja. Da haben sie den F. und mich mitgenommen, weil wir keinen Paß dabei hatten. Da war auch wieder so ein Bulle, der mich gekannt hatte, vom Vortrag schon, oder was weiß ich. Ein Fascho wahrscheinlich. Der holt mich ins Nebenzimmer rein, stößt mich gegen die Wand, nimmt sein Funkgerät, und schlägt es auf mich, und sagt, "Wenn ich Dich noch einmal bei den Leuten sehe, kriegst du nochmal was". Mit einem Fußtritt haben sie mich aus der Kärcher nochmal rausgelassen.

Und die Anzeige gegen die Bullen bringt dann auch nichts.

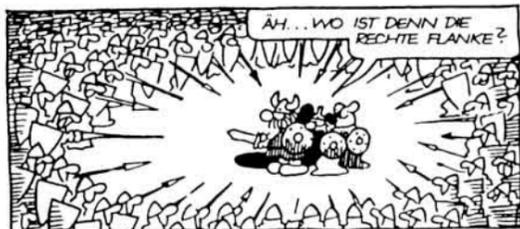
C: An dem Tag mit dem NPD-Stand, da war ich nicht beteiligt. Ich bin später dazugekommen. Und eine Unmenge von Leuten wurde verhaftet, ich glaube 15. Da hält auf einmal eine Bullenkarre neben mir, ob ich bitte anhalten könnte. Ich hab angehalten. Dann meinten sie "jetzt an die Wand", hab den Adler gemacht, sie haben mich abgetastet. Dann kam eine zweite Bullenkarre, die steigen aus, und einer meinte, "Ist der schon durchsucht?". Der andere Bulle sagt "ja, schon gemacht". Er knallt mich auf die Motorhaube, durchsucht mich nochmal, aber total oberflächlich. Wir waren dann mit 15 Leuten in der Kärcher, und wurden nacheinander zur Graf-Johann gebracht. Das war auch der große Witz. Ich hab eine Anzeige gekriegt wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung. Ich wär angeblich dabei gewesen. Das wurde dann eingestellt, weil ich eindeutig beweisen konnte, daß ich an dem Tag in der Schule war, also daß ich grade erst von der Schule kam. Das wurde zwar eingestellt, aber die Fingerabdrücke und Bilder wurden nicht vernichtet. Das hab ich später rausgefunden, als sie gemeint haben, "wir brauchen ihn nicht zu behandeln heute, wir haben ja noch Abdrücke von ihm". Nur neue Bilder wurden gemacht. Dann war ein ganz großer Bericht in der Stadtzeitung. Der SR hat sich noch dafür interessiert. Da war eine Sendung im Aktuellen Bericht, und so ein Oberbulle hat sich dazu geäußert. Er hat gemeint, "warum sagen die Leute die Vorwürfe nicht konkret, warum machen die das verdeckt?". Der Nachrichtensprecher, der war ganz gut, der hat gesagt, "Weil sie wahrscheinlich eine Anzeige kriegen wegen Verleumdung". Dann hat der Oberbulle gesagt, "Ja, das kann passieren". Irgendwann kurz drauf bekam ich einen Zettel von der Staatsanwaltschaft. Die haben einen Bullenbericht mit meinen Angaben in der Sendung verglichen und Übereinstimmungen gesehen. Sie wollten, daß ich eine Anzeige wegen Körperverletzung im Amt erstatte, was ich dann gemacht habe. Die Anzeige wurde aber eingestellt.

Hat der dich diskriminierend angefaßt?

L: Ja, man hat auch gesehen, daß ich verletzt war.

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

HIGAR



auch Fotokopien



Nawid Verlag
und Offsetdruck
Johannisstr. 21
6600 Saarbrücken
Tel. 06 81 - 3 90 51 98
Fax: 06 81 - 3 90 41 75

Geöffnet: Montag - Freitag 8.30 - 18.30 Uhr
Samstag 8.30 - 14.00 Uhr

Flüchtlinge aus Bosnien in der ehemaligen Meisterschule in der Försterstraße

Zum 26.04.93 hat die Stadt zu einem Informationsabend über die Unterbringung von Flüchtlingen in der Försterstraße eingeladen. Die Zusammenkunft fand im Pfarrgemeindesaal St. Michael statt.

Sozialdezernent Schwan, die zuständige Sozialarbeiterin Frau Caspari und zwei weitere Vertreter der Stadt informierten über das Projekt und stellten sich den Fragen der Anwesenden.

Die Familien aus Bosnien, unter ihnen auch Verletzte, waren zuvor bereits drei Wochen im Sammellager Lebach untergebracht.

Mit dem Haus in der Försterstraße gibt es zur Zeit in Saarbrücken 32 Unterkünfte für Flüchtlinge.

Nach Angaben von Herrn Schwan hat die Stadt aus eigenem Interesse eine "Kompromißlösung" zur Verpflegung der Flüchtlinge mit Sachleistungen gewählt:

Einmal wöchentlich (früher einmal monatlich) erhalten sie beim Sozialamt Hilfe zum Lebensunterhalt. Eine andere Regelung wäre organisatorisch wesentlich aufwendiger, und würde die Menschen unselbständiger machen. Auf Fragen, weshalb im Saarland für Flüchtlinge nicht die gleichen Regelungen gelten können wie für Deutsche (monatlicher Bezug von Sozialhilfe), antwortete er jedoch ausweichend.

Die vom Gesetzgeber gewünschte Versorgung mit Sachleistungen wurde unter dem Vorwand eingeführt, zahlreiche Flüchtlinge betrieben Mißbrauch beim Bezug von Sozialleistungen. Gegen alle Vorurteile, wie sie von den Politikern geschürt werden, mußte auch Herr Schwan zugeben, daß durch Überprüfungen in Saarbrücken nicht ein Fall von Sozialhilfe-Mißbrauch festgestellt wurde.

Die Nachfragen der anwesenden Zuhörer bezogen sich zumeist auf Art und Umfang der Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge. So, ob die Menschen Gelegenheit bekämen, die deutsche Sprache zu lernen; ob die Kinder zur Schule oder in den Kindergarten können (beides soll nach Angaben der Verantwortlichen ermöglicht werden); ob eine Chance besteht, daß die Familien in richtigen Wohnungen untergebracht werden können...

Die Stimmung war angenehm, die vorgetragenen Anliegen zeigten Interesse und Anteilnahme. Obwohl keine "Bedenken" gegenüber der Aufnahme der Flüchtlinge geäußert wurden, versuchte Herr Schwan sie als "aus einem europäischen Kulturkreis kommend" anzupreisen, und daß sie sich deswegen den hiesigen Gepflogenheiten besser anpassen könnten. Quadratisch, praktisch, pflegeleicht...

Im Übrigen gab er sich sehr fortschrittlich und mitfühlend: Die Stadt würde ja alles gerne viel besser und menschlicher handhaben, aber...die in Bonn...Damit meint die SPD immer die CDU - aber stimmt das so?

Immerhin war es der saarländische Innenminister Läßle, der Anfang 1991 forderte, "Asylbewerber die Sozialhilfe streichen" (Die Welt, 4.2.91). Und Oskar Lafontaine forderte Ende 1991 unter anderem: Berufungsmöglichkeiten in Asylverfahren auszuschließen; Asylsuchende, die keinen Paß besitzen, sofort abzuschicken (Die Welt, 20.9.91).

Zur Erinnerung noch andere Beispiele saarländischer "Ausländerpolitik": 1985 gab es eine Razzia durch die Polizei mit dem bezeichnenden Kennwort "Safari" im Flüchtlingsheim in der Brebacher Landstraße. Vorausgegangen waren Beschwerden von Heimbewohnerinnen, daß die katastrophalen Zustände in der Unterkunft die Menschen in Depressionen und Drogensucht trieben. Abgeschafft wurden nicht die katastrophalen Zustände; abgeschoben dafür aber Flüchtlinge.

Aus dem Saarland werden ständig - unter Ausschluß der Öffentlichkeit - Abschiebungen von Flüchtlingen in Armutsregionen und Bürgerkriegsgebiete vorgenommen. So wurden im März und im Mai dieses Jahres Kurden in die Türkei abgeschoben.

Im Herbst 1991 demonstrierten 5.000 Menschen in Saarbrücken wegen der Ermordung von Samuel Yeboah durch den Brandanschlag in Saarlouis. Am gleichen Tag sagte Oskar Lafontaine in einem Interview des Saarländischen Rundfunks, sowohl die Unterbringung der Flüchtlinge in Sammelagern als auch die Verkürzung der Asylverfahren müsse forciert werden, da sich "die Stimmung im Lande zugunsten der Asylanter verändert hätte". Es würden verstärkt persönliche Beziehungen zu Asylantern entstehen, so daß mit erheblichen Problemen bei Abschiebungen zu rechnen sei.

Sicher meinte dies auch Herr Schwan, als er sagte: "Wir dürfen keine Maßnahmen durchführen, die auf Integration zielen", und "Das Asylanterheim in Bübingen läuft erschreckend gut".

Ursel

Termine

Radio "Harte Zeiten"

- Widerstand in Politik und Kultur im Offenen Kanal, 103,7 und 105 MHz. Jeden dritten Samstag im Monat zwischen 12.30 und 13.00 Uhr. Wir senden Nachrichten zu dem, was sich an Protest und Widerstand - nicht nur in Deutschland - tut.

Deutsch-ausländischer Jugendclub

Nauwieserstraße 19
Öffnungszeiten: Montag - Freitag 9.00 - 18.00 Uhr

II. Festival zur Rettung der Welt bei vollem Lustausgleich

20.06., ab 10.00 Uhr, Bürgerpark, Kastanienhain und Rondell

Junge Linke-Treff

Schülercafé, Diskussionen, Aktionen
Mittwochs ab 14.00 Uhr im AZ Brauerstraße 39

Prozeßvorbereitungstreffen "Aufruf zu Straftaten und Nötigung" gegen Ursula M.

wegen einer selbstorganisierten SchülerInnen-demonstration am 8.10.92 "Gegen Rassismus und Faschismus"
14.06., 20.00 Uhr im AZ Brauerstraße 39

Prozeß w.o.

17.06., 9.00 Uhr, Amtsgericht Saarbrücken, Saal 121

Café Ultra

18.06. ab 21.00 Frauen-Fete, ab 22.00 Disco
19.06. ab 22.00 marxistisch-leninistische Party (mit sozialistischer Lesung)
25.06. ab 21.00 Frauen-Fete, ab 22.00 Disco
Zur Zeit bis 20.06. eine Ausstellung "Bilder ohne Namen" mit Werken der Künstlerin Margot Popp-Scheich. Der Verkaufserlös kommt dem jugoslawischen Frauenhausprojekt "BISER" ("Die Perle") zugute.



»Merkwürdig, Herr Kollege. Je besser wir exportieren, um so mehr Flüchtlinge kommt!«

Zu guter Letzt:

Erfolg im Prozeß wegen der Besetzung der Nassauerstraße 16 im Sommer 1989

In unserer zweiten Ausgabe hatten wir unter der Überschrift "Bilanz einer unendlichen Geschichte" über den letzten Prozeß wegen der Hausbesetzung berichtet.

Es wird den Verantwortlichen offensichtlich zu unsicher, an einer Verurteilung Martinas festzuhalten.

Durch die Öffentlichkeit in den Verfahren wurde die Kontrolle und Transparenz über den bisherigen Prozeßverlauf hergestellt. Unter anderem dadurch ist auch in zweiter Instanz ein Freispruch zu erwarten. Die Tatsache einer Falschaussage durch den Hauptbelastungszeugen, Kriminalkommissar K. Weiland, wäre noch weniger zu "übersehen".

So entschloß sich die Staatsanwaltschaft Saarbrücken am 14. April des Jahres, ihre Berufung gegen den Freispruch zurückzunehmen, und damit zum Freispruch durch das Amtsgericht zurückzukehren.

Wut

Es ist eine Wut,
Die in mir wächst,
Uralt, bringt sie
Meine fernsten Wurzeln
Zum Zittern.

Blind wie das Meer,
Ohnmächtig wie der Sturm,
Der sich heulend
In Betonschluchten bricht,
Tobt der Wirbel aus Haß.

Freund und Feind kann ich
Nicht mehr unterscheiden
Und kreischend jagen
Wunschsetzen einander
Wie Nachtmahre.

Endlich versinke ich
In der kühlen, klaren Stille
Der Hoffnungslosigkeit.

Martin

Impressum:
V.i.S.d.P.: Ursula Quack
Redaktionsanschrift: Info-Büro, Alte Feuerwache
Am Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken
Tel.: 06 81 / 39 99 90
Auflage: 2.000
Erscheinungsweise: Zweimonatlich



TURMALIN

Das babyfreundliche
Wickelsystem
aus reinen Naturfasern

denn die Baby sich so richtig wohl fühlen kann!

Handelsvertretung
& Einzelhandel

STREET

Stefan Heuel
Cecilienstr. 16
66111 Saarbrücken
Fon 0681-3904321 Fax 376487

UW ROI

6600 SAARBRÜCKEN
CECILIENSTRASSE 15
TEL. (06 81) 3 90 8772

